



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 6
Dienstag, 19. Mai 2009
18:02 - 20:27 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 02.06.09

Vorsitz:	Christa Flückiger	SP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsidentin und 34 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Anfang der Sitzung:	Edgar Zehnder	SVP
Ende der Sitzung:	SR Peter Käppler, ab 18.30 Uhr Martin Roost, ab 19.15 Uhr	Baureferent Parteilos, OeBS
Ganze Sitzung:	Christine Thommen	FDP

BEHANDELTE TRAKTANDEN

- | | | |
|---|--|------------------|
| 1 | VdSR Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen | Seite 162 |
| 2 | Postulat Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen | Seite 179 |

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz	FK
14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	FK
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
16.09.08	VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes	SPK
21.10.08	VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09)	GPK
21.10.08	VdSR Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung	GPK
21.10.08	VdSR Parkleitsystem	FK
11.11.08	Motion Urs Tanner (SP): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040	
12.03.09	Interpellation Lotti Winzeler (OeBS): Ist die pflegerische Grundversorgung für die Zukunft gewährleistet?	
24.03.09	VdSR Änderung von Art. 29 und Art. 53 Bauordnung (Materialbewirtschaftungszone), Zonenplanänderung Nr. 4 Recyclingplatz Kieswerk Solenberg, Materialbewirtschaftungszone	FK
24.03.09	VdSR Teilrevision 2009 der Bauordnung: Anpassung der Bestimmungen über Quartierpläne, Ausnutzungsübertragungen und Parzellierungen	FK
23.03.09	Postulat von Till Hardmeier (JFDP): Massnahmen zur Ertrags- und Effizienzsteigerung VBSH	
24.03.09	Postulat von Walter Hotz (FDP): Optimierung der Führungs- und Aufgabenstruktur	
31.03.09	Postulat von Alfred Tappolet (SVP): Sichere Verkehrsführung im Herblingertal und Überprüfung der ungesicherten Bahnübergänge von Industriegeleisen	
28.04.09	Rechnung 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen VdSR Areal Diana, Landverkauf GB Nr. 1673, 1695 und 4134	GPK
05.05.09	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Neue Vergabep Praxis	
19.05.09	VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate	
19.05.09	Postulat von Christoph Lenz (AL), Daniel Preisig (JSVP), Simon Stocker (AL): Kleinplakatierung in der Stadt Schaffhausen: Sauberes Aufhängen statt Runterreissen!	

2009 Kleine Anfragen:

2	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Sport- und Freizeitanlagenkonzept wie weiter?	24.03.09
3	Walter Hotz (FDP)	Gewalttätige Auseinandersetzungen in der Stadt Schaffhausen	24.03.09
4	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Weiterer Klärungsbedarf im freihändigen Verfahren und im Einladungsverfahren bei	07.04.09

5	Walter Hotz (FDP)	Bauprojekten der Stadt Gebühren für Amtshandlungen und Dienstleistungen	15.04.09
6	Walter Hotz (FDP)	Krisenkommunikation des Stadtschulrates	25.04.09
7	Hermann Schlatter (SVP)	Redimensionierung der Poststellen – wie steht es um die Poststelle 8231 Hemmental?	27.04.09
8	Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)	Sauberkeit in der Stadt Schaffhausen	29.04.09
9	Till Hardmeier (JFSH)	Leistungen der Stadt an Nahestehende	06.05.09

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 **VdSR Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 16.12.08 und den von der Fachkommission vorgeschlagenen Antrag 4 in der Schlussabstimmung mit **20 : 10 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 16.12.08 betreffend Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen.
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt das vorgelegte Konzept zur Schulsozialarbeit an den Volksschulen der Stadt Schaffhausen.
3. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Monate August bis Dezember 2009 die für die bedarfsgerechte Ausdehnung der Schulsozialarbeit auf die gesamte Volksschule notwendigen zusätzlichen Personalaufwendungen im Betrag von Fr. 84'000.-- (Besoldungen) und Fr. 15'000.-- (Sozialleistungen).
4. Motion von Christa Flückiger (SP) "Bedarfsgerechte Einführung von Schulsozialarbeit" wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 2 **Postulat von Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen**

Das Postulat wird von Peter Möller (SP) begründet, von SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit **20 : 11 Stimmen** erheblich.

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, eröffnet die sechste Sitzung des Jahres 2009 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Kämpfer und Peter Neukomm, der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter sowie des Gastes auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN:

„Es gibt wohl kaum eine zweite Sitzung, die soviel Glück in die Runde schweifen lässt wie diese: Unserem Stadtpräsidenten Thomas Feurer gehört das Glück. Wie Sie bereits aus den Medien erfahren haben, ist Thomas im Hafen der Ehe gelandet. An dieser Stelle im Namen des Grossen Stadtrates alles Gute, viel Glück und Erfüllung.

Ebenfalls ganz viel Glück unserem ratsältesten Mitglied Dieter Amsler. Er darf heute seinen 70igsten Geburtstag feiern. Ich bin immer noch tief beeindruckt, dass man an seinem 70igsten Geburtstag an einer Sitzung des Grossen Stadtrates teilnimmt und mit Menschen verbringt, die einem in gewissen Minuten, manchmal sogar Stunden, politisch spinnefeind sind, die Sitzgelegenheit nicht unbedingt sehr bequem ist, vor allem für einen so grossen Menschen wie Grossstadtrat Dieter Amsler, für kulinarische Genüsse keine Gegebenheiten vorhanden sind und das Laben am Wein einem völlig vergönnt ist.

An einem 70igsten Geburtstag ein grosser Verzicht auf all die guten Dinge, die zu einem schönen Geburtstagsfest gehören. Mit dieser Geste, lieber Dieter, zeugst du von einem Menschen, der sich offensichtlich nicht allzu wichtig nimmt, der nach politischen Auseinandersetzungen keine Mühe hat, trotzdem wieder mit uns allen zu reden, der sogar mit allen von uns seinen Geburtstag feiern möchte.

Kurz, du bist ein Mensch mit Herz und Verstand, und deshalb freuen auch wir uns auf das Ende der Sitzung, um deiner originellen Einladung zu folgen und auf dich anzustossen. Mögen dir noch viele gesunde und erfüllte Jahre vergönnt sein, zusammen mit deiner treuesten Begleiterin, und jetzt wird es besonders schwierig, weil es mir nicht ganz klar ist, ob du deine Kamera oder deine liebe Lebenspartnerin Susi mehr in den Armen hältst. Sei es, wie es ist, dies wünscht dir von ganzem Herzen der gesamte Grosse Stadtrat. Gleichzeitig sprechen wir schon jetzt für die grosszügige Einladung unseren herzlichsten Dank aus.

Wenn ich am Anfang das Glück erwähnt habe, möchte ich Ihnen folgende Zitate über das Glück nicht vorenthalten. Sie zeigen uns auf, was Glück bedeuten kann:

- Wer glücklich ist, kann glücklich machen
- Wenn man glücklich ist, soll man nicht noch glücklicher werden
- Und ein Zitat an unseren frischvermählten Stadtpräsidenten: Wer's Glück hat, führt die Braut heim
- Und ein letztes Zitat, das Sie begleiten soll:
Viele Menschen versäumen das kleine Glück, weil sie auf das grosse vergeblich warten.

Verlassen wir nun aber die Liste schöner und wohltuender Worte und kommen auf das zurück, wofür wir schliesslich zusammengekommen sind, nämlich zu unserer Sitzung, wobei ich hoffe, dass auch hier die Worte schön bleiben.

Zu Beginn noch eine Information aus dem Büro: Ich kann Ihnen mitteilen, dass das Büro entschieden hat, die Anfrage der Schaffhauser Nachrichten betreffend Aufzeichnung mit anschliessender Veröffentlichung der Ratsitzungen im Internet abzulehnen. Die Zeit scheint noch nicht reif, das Anliegen stiess auf keine breite Akzeptanz.

Entschuldigt haben sich für die ganze Sitzung Christine Thommen (FDP) und für den Anfang Edgar Zehnder (SVP); ab 18.30 wird SR Peter Käppler nicht mehr anwesend sein und ab 19.15 Uhr verlässt Martin Roost (parteilos, OeBS) die Sitzung. “

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Antwort des Stadtrates auf die Kleine Anfrage Nr. 1/2009: Dr. Raphaël Rohner (FDP): Impulsprogramm der Stadt zur Belebung der Wirtschaft, vom 12.05.09
- Motion Dr. Raphaël Rohner (FPD) vom 05.05.09: Neue Vergabep Praxis. Dieser Vorstoss steht bereits auf der heutigen Traktandenliste.
- Von der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport überarbeitete Beilagen zur VdSR Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen
- Kleine Anfrage Nr. 9/2009 von Till Hardmeier (JFSH) vom 06.05.09: Leistungen der Stadt an Nahestehende
- VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate vom 19.05.09. Dieses Geschäft wird an der nächsten Bürositzung zur Vorberatung zugewiesen.

Zuweisung VdSR Diana, Landverkauf GB Nr. 1673, 1695 und 4134 vom 28.04.09:

Das Büro schlägt einstimmig die Zuweisung zur Vorberatung in die Fachkommission Bau vor und vertritt die Ansicht, dass auch - wenn es sich um einen Verkauf handelt - die Fachkommission die richtige Instanz ist, da sie Gewähr für eine gewisse Übersicht und Kontrolle über den Quartierplan bietet.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Wortmeldung Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

”Ich möchte zur Zuweisung einige grundsätzliche Gedanken anfügen und habe mir die Angelegenheit sehr lange überlegt sowie Gespräche mit dem Chef des Amtes für Justiz geführt. Ich bin noch nicht zu einer eindeutigen Lösung oder Meinung gekommen; diese Auffassung wird auch vom Chef des Amtes für Justiz geteilt.

Die Frage, die sich meines Erachtens stellt, ist diejenige, ob die GPK gemäss Art. 69 Abs. 1 des Gemeindegesetzes nur bei der Berichterstattung zur Rechnung und zum Voranschlag die gesetzeswidrige Verwendung öffentlicher Mittel festzustellen hat oder ob sich aus diesem Artikel nicht e contrario ergibt, dass die GPK während des ganzen Jahres gehalten ist, für die gesetzeskonforme Verwendung öffentlicher Mittel - wobei auch die Veräusserung, respektive die Belastung mit Baurechten von Grundstücken des Finanz- und zum Teil des Verwaltungsvermögens gehört - zu sorgen.

Dies würde bedeuten, dass die GPK von Gesetzes wegen verpflichtet wäre, Finanzgeschäfte zum vornherein zu begleiten. Art. 21 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates (GO) spricht auch davon, dass die Jahresrechnung festzustellen hat, ob der Gemeindehaushalt nach den bestehenden Vorschriften und

erteilten Krediten sachgemäss geführt worden ist. Der Kanton hat übrigens dieses Problem so gelöst, dass er in Art. 36 lit d des Finanzhaushaltgesetzes (RB 611.100) dem Finanzdepartement das Recht zur Stellungnahme zu allen Anträgen, die finanzielle Auswirkungen zeitigen, eingeräumt hat. Vorstellbar wäre, dass wir der GPK bei der Änderung der Stadtverfassung ein ähnliches Recht einräumen würden. Dann sähe ich kein Problem, wenn auch Finanzgeschäfte bei anderen Kommissionen angesiedelt würden.

Aufgrund der bisherigen Praxis bei der Zuteilung von Baurechts- und Verkaufsgeschäften lässt sich schliessen, dass nur dann eine SPK eingesetzt wurde, wenn es sich um politisch heikle Geschäfte handelte (zum Beispiel Bachstrasse). Ebenso ergibt eine Analyse des bisherigen Geschäftsgebarens, dass in der Regel Finanzgeschäfte der GPK zugeteilt worden sind. Weiter ist zu beachten, dass bei der Neufassung der neuen GO des Grossen Stadtrates in Art. 21 die Aufgaben der GPK wortgetreu aus der Stadtverfassung (Art. 22) übernommen wurden; dies war bis anhin nicht Bestandteil der GO. Man hat bewusst nichts daran geändert, weil dies unweigerlich eine Verfassungsänderung zur Folge gehabt hätte, welche wir mit der Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP) noch vor uns haben.

Richtig ist aber auch, dass Art. 21 Abs. 2 der GO des Grossen Stadtrates die Möglichkeit einräumt, dass die Prüfung weiterer Geschäfte des Gemeindehaushaltes anderen Kommissionen zugewiesen werden kann.

Vor diesem unklaren rechtlichen Hintergrund komme ich zum Schluss, dass wir bei der Zuteilung vor allem auf den Inhalt des Geschäftes achten sollten, das heisst, dass man derjenigen Kommission den Vorrang einräumen sollte, die den näheren Bezug zur Materie, hat. Dabei erscheint mir sehr wesentlich, dass bei Baurechtsabgaben, respektive Verkäufen weder gestalterische, noch spezifische bauliche, beziehungsweise baurechtliche Fragen im Vordergrund stehen, wie zum Beispiel bei einer Vorlage wie die Gestaltung des Freien Platzes oder eine Zonenplanänderung, sondern in erster Linie finanztechnische Fragen. Das spricht eher für eine Zuweisung in die GPK (Ausnahmen immer vorbehalten). Hinzu kommt, dass die GPK Baurechte ja seit jeher (mit den erwähnten Ausnahmen) behandelt hat und dementsprechend auch Erfahrung aufweist.

Ich bin der Meinung, dass wir diese Frage wirklich vertieft überdenken müssen und dazu würde sich ein Meinungsaustausch zwischen den Fachkommissionen Bau und der GPK sicher eignen. In diesem Sinne habe ich auch nichts dagegen, wenn wir das heute zur Debatte stehende Geschäft der Fachkommission Bau überlassen, aber unter der Bedingung, dass dies kein Präjudiz ist. Die zügige Behandlung dieses Geschäftes hat meines Erachtens Vorrang. “

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 5 vom 5. Mai 2009 wurde vom Büro geprüft und genehmigt und liegt wie üblich auf dem Kanzleisch der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt. Wie bereits erwähnt, wird wegen Abwesenheit von

SR Peter Käppler die Behandlung von Traktandum 2, VdSR Parkleitsystem, auf die nächste Ratssitzung verschoben.

Wortmeldung Josef Eugster (SVP) zur Traktandenliste:

„Es ist mir bekannt, dass die Traktandenliste vom Präsidium und dem Büro erstellt wird. Die Vorlage Parkleitsystem wurde von der Fachkommission Bau als erstes Geschäft verhandlungsbereit gemeldet, steht aber heute als Traktandum 2 zur Debatte. Eigentlich wäre diese Vorlage ein Geschäft gewesen, das in relativ kurzer Zeit hätte diskutiert werden können, trotz der angekündigten Abwesenheit vom Baureferenten. Es würde mich interessieren zu erfahren, warum die VdSR Parkleitsystem auf dem 2. Platz figuriert.“

Christa Flückiger (SP), Ratspräsidentin, informiert, dass der Präsident der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport darum gebeten habe, die VdSR Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen so schnell wie möglich zu behandeln. SR Peter Käppler sei mit diesem Vorgehen einverstanden gewesen, zumal die VdSR Parkleitsystem auch gut an der nächsten Ratssitzung debattiert werden könne. Daher sei die Reihenfolge der Traktandenliste geändert worden.

Josef Eugster (SVP) zeigt sich von diesem Vorgehen wenig begeistert und wirft ein, nicht der Stadtrat, sondern die Fachkommission hätte konsultiert werden sollen, da die *Fachkommission* über den Zeitpunkt der Behandlung des Geschäftes entscheidet und nicht der Stadtrat.

Urs Tanner (SP) bittet in der Folge darum, die Kompetenzordnung gemäss GO zu beachten. Das Büro erstellt die Traktandenliste in Rücksprache mit dem Stadtrat und diese Kompetenz soll auch dort bleiben; eine Diskussion über Sinn- oder Unsinn muss nicht jedes Mal unter 36 Leuten geführt werden.

Josef Eugster (SVP) stellt Antrag, Traktandum 2 als Traktandum 1 zu behandeln.

Urs Tanner (SP) bittet darum, diesem Antrag nicht zuzustimmen, da die SP/AL-Fraktion sich im Wissen darum, dass Traktandum 2 heute Abend nicht behandelt wird, auch nicht vorbereitet habe.

Dr. Raphaël Rohner (FDP) teilt grundsätzlich die Meinung von Josef Eugster; trotzdem werde die FDP/JFSH-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen, weil sie sich tatsächlich nicht vertieft mit diesem Geschäft auseinandersetzen konnte - eine moralische Unterstützung werde dem Antrag jedoch entgegen gebracht.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 14 : 12 Stimmen ab.

Traktandum 1 VdSR Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen

Kurt Zubler (SP)

Präsident Fachkommission Bildung

„Ich hoffe, dass das Geschäft nicht unter einem schlechten Stern steht und wir wieder bei Null anfangen müssen, weil ich Josef Eugster den Platz seines Geschäftes als Traktandum 1 abspenstig gemacht habe.“

Die Vorlage über die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen greift kein neues Thema auf, sondern knüpft an die bereits geleistete Arbeit und vorangehende Debatten an.

Ich beginne meine Ausführungen gerne mit folgendem Zitat:

"Es freut mich, Ihnen heute eine über alle Parteigrenzen hinweg unbestrittene Vorlage vorstellen zu dürfen. In der Annahme, dass Sie die Unterlagen dazu bereits studiert haben, möchte ich mich auf die wesentlichen Inhalte beschränken und Ihnen anschliessend aus den Verhandlungen in der Kommission berichten. Die wenigen redaktionellen Änderungen, die aus der Kommissionsarbeit resultierten, haben Sie bereits erhalten. "

Dies ist ein Zitat von Dr. Paul Bösch, der als Präsident der damaligen Spezialkommission mit diesen Sätzen die Debatte zur Einführung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen an der Ratssitzung vom 07.07.05 eröffnete. Im Rat wurde dieser Vorlage mit 45 : 0 Stimmen zugestimmt.

Als Präsident der Fachkommission Soziales freue ich mich, Ihnen heute eine ebenso parteiübergreifende Zustimmung zur Weiterentwicklung präsentieren zu können. Interessanterweise haben sich bereits in der kurzen und sachlichen Ratsdebatte von 2005 mehrere Rednerinnen für die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Schulsozialarbeit auf andere Schulstufen ausgesprochen, darunter namentlich die Fraktionssprecherinnen der FDP/JFSH- und der SP/AL-Fraktion sowie die Sprecherin der CVP. So gesehen wurde die Grundlage für die heute zu besprechende Vorlage bereits damals gelegt. Auch eine Überprüfung und Überarbeitung des Konzepts war in der damaligen Vorlage bereits vorgesehen. In der Zwischenzeit lehnte der Rat eine Pensenerhöhung, die aus der Not heraus erfolgte, im Rahmen des Voranschlages 2008 ab und überwies am 01.04.08 die abgeänderte Motion für eine bedarfsgerechte Einführung der Schulsozialarbeit von Christa Flückiger (SP).

Ausgehend von dieser Vorgeschichte wurde die Fachhochschule St. Gallen damit beauftragt, die bestehende Schulsozialarbeit zu evaluieren und den Bedarf der Weiterentwicklung abzuklären. Der Bericht der Fachhochschule lag der Fachkommission vor und wurde einhellig als äusserst sorgfältig und wertvoll erachtet.

Der Bericht hat einerseits die Stärken des bestehenden Angebotes aufgezeigt, andererseits aber auch klare Schwächen in den Prozessen und Zuständigkeiten bezeichnet. Im Weiteren wurde der zukünftige Bedarf analysiert und die Resultate in Anknüpfung an die nationalen Diskussionen und Standards zu Schulsozialarbeit in ein massgeschneidertes Konzept für die Stadt Schaffhausen umgesetzt.

Die Stadt hat dadurch eine solide Basis für die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit erhalten und kann sich hierbei auf einen wegweisenden Umgang mit dieser Fragestellung stützen. Dies kann sicher auch von den in dieser Frage eher ungeduldigen Ratsmitgliedern bestätigt werden - ich zähle mich dazu, wir haben für ein schnelleres Vorgehen plädiert. Im Nachhinein zeigt es uns, dass die Suche nach einem politischen Kompromiss nicht nur ein mühseliges Ziehen und Zerren bringt, sondern oft auch zu gemeinsamem Weiterkommen verhilft.

Die Kommissionsverhandlungen verliefen ganz in diesem Sinn, es wurden vor allem Klärungsfragen und einige, zwar kosmetische, aber für das Verständnis wesentliche

Verbesserungen in den Beilagen erarbeitet. Sie haben diese überarbeiteten Beilagen mit erläuterndem Schreiben erhalten und studieren können. Ich verzichte darauf, sie erneut ausführlich zu kommentieren. Ich weise speziell auf die Beilagen 3a und 3b hin, welche die Zusammenhänge viel klarer als in der ursprünglichen Fassung aufzeigen.

Die wesentlichsten Punkte in der Fachkommission drehten sich um folgende Fragen:

Das *Gesamtpensum* wurde teilweise als knapp empfunden - besonders im Vergleich mit anderen Gemeinden. Es wurde uns versichert, dass es sich bei diesem Pensum um das absolut notwendige Minimum handelt.

Die Unterstellung unter zwei verschiedene Referate - das auftraggebende Referat Schule und das auftragnehmende Referat Soziales - wurde als kompliziert und störungsanfällig taxiert. Die Diskussion zeigte allerdings, dass mit der Konzeptüberarbeitung und den neuen Instrumenten gute Grundlagen zur Vermeidung von Disfunktionalität geschaffen wurden und somit gleichzeitig die Vorteile der Trennung - die Fachlichkeit, die für die Schulsozialarbeit beim Sozialen liegt und die Unabhängigkeit - gewahrt, beziehungsweise gestärkt werden können.

Eine zweite Frage drehte sich um die *Kosten*. Wir haben uns diese genau ausweisen lassen, sie betragen ab Budget 2010 insgesamt Fr. 480'000.--, das heisst Fr. 250'000.-- mehr wie bisher.

Wir haben uns detailliert über das zukünftige Monitoring unterhalten und auch darauf hingewiesen, wie wichtig dies für die Qualitätssicherung der Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit sein wird. Sie sehen dies im Funktionendiagramm, wo die Prozesse aufgezeigt werden; die Berichterstattung wird jeweils der Fachkommission Soziales vorgelegt und dort diskutiert werden müssen. Wir werden die Weiterentwicklung umfassend verfolgen können und auch müssen, damit das Angebot weiter so gut bleibt, beziehungsweise ein noch besseres mit dem neuen Konzept werden kann.

Sie haben einen neuen Antrag erhalten:

Antrag 4: Die Motion Christa Flückiger "Bedarfsgerechte Einführung von Schulsozialarbeit" wird abgeschrieben.

Wir werden in der Detailberatung darüber abstimmen.

Sollte ich nun wichtige Punkte vergessen haben, werden sich meine Kommissionskolleginnen und -kollegen dazu noch äussern.

Es bleibt mir noch der Dank an die zuständigen Personen, die uns unterstützt und die Vorlage vorgestellt haben, Beat Schmocker/Leiter des Bereichs Soziales, die zuständige Stadträtin Jeanette Storrer, die Schulpräsidentin Katrin Huber Ott und für das Protokoll wie immer sehr zuverlässig und speditiv Alice Riedel. Aber auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Fachkommission bedanke ich mich, sie haben sich bereit erklärt, mit sehr hohem Tempo zu arbeiten, um die Vorlage in der schnellstmöglichen Zeit in den Rat zur Diskussion zu bringen. Das war auch der Grund, weshalb ich so weit gegangen bin, die Ratspräsidentin zu bitten, das Geschäft an erster Stelle zu traktandieren. Josef Eugster möge mir verzeihen.

Abschliessend kann ich Ihnen mitteilen, dass die Fachkommission mit 7 : 0 Stimmen auf die Vorlage eingetreten ist und dieser nach eineinhalb Sitzungen mit 7 : 0 Stimmen zugestimmt hat. Gerne lege ich dieses Resultat in Ihre Hände und hoffe, dass Sie ebenso geschlossen und überzeugt für die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit stimmen werden.

SP/AL-Fraktionserklärung:

Wir stehen grundsätzlich hinter der Vorlage, sie entlastet die Lehrpersonen, ermöglicht ihnen, sich auf die Kernaufgabe Schule zu konzentrieren, sie entlastet sie von Aufgaben, für die sie weder zuständig, noch ausgebildet sind. Die Schulsozialarbeit ist eine notwendige Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen, die wir bedauern, aber die wir nicht einfach verschwinden lassen können. Die Schulsozialarbeit hat einen präventiven Charakter, indem sie problematische Entwicklungen möglichst frühzeitig erfasst und angehen kann. Mit der Erweiterung der Schulsozialarbeit - und dies ist ein wichtiger Punkt für uns - wird sie zugänglich für alle, die Bedarf haben und nicht nur exklusiv für eine Schulstufe wie bisher.

Die **SP/AL-Fraktion** ist mit den inhaltlichen und konzeptionellen Aussagen der Vorlage einverstanden. Etliche Bedenken haben wir bezüglich des sehr knappen Pensums. Uns erscheint fraglich, ob die Aufgaben mit der notwendigen Qualität erfüllt werden können. Trotz dieses Vorbehaltes stimmen wir der Vorlage einstimmig zu und bitten Sie, dies ebenfalls zu tun. Die Schulsozialarbeit dient den Kindern, den Familien, den Schulen und damit der Stadt Schaffhausen; die Erweiterung erlaubt den Zugang für alle, die diesen nötig haben. “

Walter Hotz (FDP)

FDP/FJSH-Fraktionserklärung

”Nur schon die Überschrift der Vorlage “Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen” muss uns stutzig machen. Ist die bisherige Arbeit der Schulsozialarbeit nichts weiter als eine Entwicklung gewesen, vom Taumeln von einem Irrtum in den anderen? Oder wie ich letzthin in der Zeitung in einem Zitat von einem Hippie aus Amerika namens Jerry Rubin gelesen habe: *”Man befriedige unsere Bedürfnisse, und wir stellen zwölf neue. Je mehr Bedürfnisse erfüllt werden, desto mehr fordern wir”*.

Im Bildungsbereich fühlt sich kaum eine Person nicht kompetent, schliesslich gingen wir alle einmal in die Schule. Auch das Wort „sozial“, das ja im Wort „Schulsozialarbeit“ enthalten ist, wird häufig gebraucht. Sozial sein, gehört zum guten Ton in unserer Gesellschaft. Und was zum guten Ton gehört, stecken sich viele gerne an den Hut. Aber wo etwas so häufig gebraucht wird, da weckt es Misstrauen. Da lohnt es sich, zu hinterfragen und gerade bei der Berufsgattung Schulsozialarbeit müssen wir ein besonderes Augenmerk auf deren Arbeit richten.

Damit aber zuverlässige und möglichst objektive Standortbestimmungen gemacht werden können, braucht es Daten und Analysen zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit, abgestimmt auf die gesellschaftlichen Herausforderungen.

Für unsere Fraktion ist es unbestritten, dass die Schulsozialarbeit eine notwendige zweite professionelle Kompetenz innerhalb der Schule geworden ist. Wir sind anlässlich der Behandlung der Vorlage des Stadtrates vom 5. Juli 2005 auch einstimmig für die Einführung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen gewesen - allerdings nur für die in der Vorlage vorgesehenen 170, beziehungsweise 180 Stellenprozente, wenn wir noch die Administration dazu rechnen. Damals

standen wir voll hinter der Meinung des SPK-Präsidenten Dr. Paul Bösch, der richtig analysierte, ich zitiere seine Worte wie folgt: *„Die in der Vorlage vorgesehenen 170 Stellenprozente sind ein Kompromiss zwischen Wünschbarem und finanziell zurzeit Machbarem. „*

Ich frage Sie, wo stehen wir heute, ist die Zeit besser geworden für Wünschbares und finanziell Machbares? Ich glaube kaum. Lassen wir einmal die Frage des finanziell Machbaren und konzentrieren wir uns auf den in der Vorlage präsentierten Bericht.

1. Die Ausgangslage

Wir bekommen einen Bericht und Antrag, der überhaupt keine kritischen Bemerkungen über die bisherige Arbeit, die Stärken und Schwächen der Schulsozialarbeit hervorhebt. Ich erkenne kein konkret erarbeitetes Rahmenkonzept, aufgebaut auf die bis heute gemachten Erfahrungen an den städtischen Schulen, für eine bedarfsgerechte Einführung der Schulsozialarbeit. Es braucht doch ein Umsetzungskonzept, welches beschreibt, wie in einem zweiten Anlauf Schulsozialarbeit erfolgreich und bedarfsgerecht eingeführt werden könnte, und zwar mit den jetzigen Stellenprozenten.

2. Situation an den städtischen Schulen

Der Stadtrat muss uns doch ausführlicher aufzeigen, ob die Schulsozialarbeit bis heute professionell und erfolgreich an den Schulen und mit den Menschen, die dort lernen und arbeiten, war. Konnten die jetzigen Stelleninhaber die zu betreuenden Jugendlichen motivieren und befähigen, die Herausforderungen von Schule und Gesellschaft anzunehmen und zu bestehen, um erfolgreich in das Erwachsenenleben einzusteigen? Man verlässt sich immer auf wissenschaftliche Begleitstudien mit differenzierten Befunden. Immer wieder wird davon ausgegangen, dass dank der Schulsozialarbeit früher eingegriffen werden kann und deshalb weniger Situationen (ganz) ausser Kontrolle geraten. Dass aber die Autorität der Lehrenden und die Verantwortung der Familie ins Hintertreffen geraten, ist in der Vorlage keine Zeile wert.

3. Ziele der Schulsozialarbeit

Die Aufgaben der professionellen Schulsozialarbeit müssen grundlegend neu ermittelt werden. Es muss endlich geklärt werden, wer die volle Verantwortung über den Bereich Schulsozialarbeit trägt. Das uns von der Fachkommission am 6. April 2009 präsentierte Organigramm könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein, aber es ist immer noch nicht klar definiert, wer die volle Verantwortung trägt.

Wenn Sie glauben, mit einer Steuerungsgruppe alles im Griff zu haben, so irren Sie sich gewaltig. Sie blasen nämlich die Verwaltung unnötig auf. Was für eine Funktion übernimmt diese Steuerungsgruppe? Übernimmt sie die Funktion des Planungs- und Entscheidungsgremiums? Beschliesst sie die Strategien, Ziele und konkreten Massnahmenplanungen für die Schulsozialarbeit? Wie gross ist sie und welches ist ihre Zusammensetzung? Welche Interessengruppen sind darin vertreten?

Sie müssen in Zukunft einfachere, klarere und flache Strukturen schaffen, entweder ist das Sozialreferat oder das Schulreferat zuständig. Dazu benötigen wir keine Steuerungsgruppe, die wieder neue Grundsätze, Methoden und Arbeitsfelder für die Schulsozialarbeit erfindet. Die Schulsozialarbeit muss nach meinem Dafürhalten dem Schulreferat angegliedert werden. Das Schulreferat ist verantwortlich für die Qualitätssicherung und die Aufgaben der Schulsozialmitarbeiter. Das Schulreferat

setzt die Prioritäten, hat Kompetenzen und Verantwortung. Unter Verantwortung verstehe ich auch, dass nur ein Referat zuständig ist, um die Arbeit der Schulsozialarbeitenden zu überwachen. Sie glauben doch nicht, dass dies funktioniert, was im Zusatzbericht der SPK in der Beilage 4 unter 6 steht? Dass für den Fall, bei einer Sache keine Einigung zwischen den Vertragsparteien gefunden wird, die Steuerungsgruppe in der Lage sein soll, eine einvernehmliche Regelung zu finden? Meine Damen und Herren, bei diesem Konzept sind alle verantwortlich und niemand für etwas. Wie gesagt, es müssen flache Hierarchien geschaffen werden. So können Sie dem Referenten oder Bereichsleiter mehr Kompetenzen schenken, dafür trägt der Referent oder Bereichsleiter auch mehr Verantwortung.

Es wird auch immer wieder argumentiert, dass der Stadtrat einen politischen Auftrag habe, die Schulsozialarbeit bedarfsgerecht einzuführen. Ich frage Sie, warum hat der Stadtrat die Motion „Gesunde und attraktive Finanzen“ vom 25.6.2001 - Sie hören richtig, 2001 - bis heute nicht umgesetzt? Somit wären wir noch bei den Finanzen. Hier kann ich es kurz machen: Studieren Sie die Rechnung 2008. Vergleichen Sie die Position der Personalaufwendungen mit der Position Steuereinnahmen, und Sie werden zum Schluss kommen, dass wir uns für die Zukunft eine Aufstockung der Stellenprozente im Schulsozialbereich gar nicht leisten können. Ich weiss, gerade im Bereich „Soziales“ mag man den obligaten Blick auf die Finanzen nicht. Aber es gehört eben auch dazu. Wenn Sie der Aufstockung der Stellenprozente für die Schulsozialarbeit zustimmen, werden die Kosten steigen. Die Schule wird dadurch jedoch nicht besser werden.

Zum Schluss kann ich Ihnen mitteilen, dass die **FDP/JFSH-Fraktion** auf die Vorlage eintreten und sie knapp mehrheitlich ablehnen wird. “

Daniel Preisig (JSVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

„Ich freue mich, Ihnen die Fraktionserklärung der **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** verlesen zu dürfen. Wir fordern den sofortigen Ausbaustopp der Schulsozialarbeit. Warum?“

Wir zweifeln an der Wirksamkeit der Schulsozialarbeit:

Bis heute gibt es keine verlässlichen Zahlen zur Wirksamkeit der Schulsozialarbeit. Hilft das „Bibäbeln“ von Schulsozialarbeitern in der Realität? Kann ein Schulsozialarbeiter helfen, wenn die Eltern zuhause nicht den nötigen Halt bieten oder der Lehrer sich nicht durchsetzen kann?

Die SVP ist überzeugt: Statt noch mehr Schulsozialarbeit, brauchen wir wieder mehr Lehrer mit Autorität und Durchsetzungskraft. Die Lehrerausbildung war in den letzten Jahren viel zu stark von Kuschelpädagogik und Feminisierung geprägt. Es hat eine Pseudo-Akademisierung stattgefunden. Lehrer haben heute gut klingende Fachtitel, das Lehrerhandwerk erlernen sie aber kaum mehr. Probleme werden nicht gelöst, sondern therapiert.

Was wir hingegen brauchen, sind Klassenlehrer mit einem Bezug zu den Schülern. Was wir dringend brauchen, sind Lehrer, die auch einmal auf den Putz hauen, wir brauchen Lehrer, die Durchsetzungsvermögen und Rückgrat haben und den aufmüpfigen Schülern zeigen, wo es lang geht. Wenn ein Schüler frech wird, hilft es nicht, wenn der Lehrer gleich den Schwanz einzieht und zum Sozialarbeiter rennt. Autorität kann man sich nicht mit einem Schulsozialarbeiter herbeikurieren lassen. Das wissen auch die Lehrer; nur wagt sich keiner, dies laut zu sagen. Statt die Schulsozialarbeiterindustrie weiter aufzublähen, sollten wir besser Akzente in der

Lehrerausbildung und -selektion setzen.

Wir haben bereits mehr als genug teure Fachstellen für Jugendarbeit:

Wissen Sie, wie viele Jugendarbeitsfachstellen die Stadt Schaffhausen mit teurem Steuergeld finanziert? Ich verzichte auf eine Auflistung. Sie finden die schier unendliche Liste auf Beilage 2. In der Vorlage werden die vorgeschlagenen Pensen für die Schulsozialarbeit stolz mit anderen Städten verglichen. Die Botschaft: Die vorgeschlagenen 380 Stellenprozente sind das absolute Minimum und weit unter dem Durchschnitt. Liebe Vorlagenschreiber: Bitte zählen Sie einmal die Stellen *aller* Fachstellen für Jugendarbeit zusammen. Wie sieht der Quervergleich dann wohl aus?

Wir haben genug von der teuren Salamiaktik im Sozialbereich:

Die Schulsozialarbeit in der vorgeschlagenen Form kostet den städtischen Steuerzahler rund Fr. 40'000.--, und dies jährlich wiederkehrend. Eine stolze Summe für eine Dienstleistung ohne erwiesenen Nutzen. Vor drei Jahren haben wir in diesem Rat 170 Stellenprozenten zugestimmt. Statt einer flächendeckenden Einführung wollte dieser Rat eine bedarfsgerechte Schulsozialarbeit, das heisst nur da, wo es dringend nötig ist. Gleichzeitig wurde gefordert, dass zuerst konkrete Resultate vorliegen müssen bevor ein weiterer Ausbau in Frage kommt. Und heute? Wo sind die versprochenen Resultate? Statt der verlangten konkreten Resultate, legt uns der Stadtrat erneut einen sozial-ideologischen Wischiwaschi-Bericht vor. Vergeblich sucht man nach Fakten, ein Nutznachweis der Schulsozialarbeit fehlt.

Kurz zusammengefasst: Wir wissen nicht, was die Schulsozialarbeit bringt, wollen aber trotzdem ausbauen. Oder anders gesagt: Sie wissen nicht, was sie tun, aber sie wollen mehr Geld.

Was uns aber am meisten zu denken geben sollte: Wer garantiert uns, dass dies das Ende der Fahnenstange ist? Wann kommt die nächste Salamischeibe dazu? Was glauben Sie wird in den Berichten der Schulsozialarbeit stehen? Wenn sie wollen, finden Sozialarbeiter immer eine Krankheit zum Kurieren. Irgendwo findet sich ein armer verschupfter Schüler, dem sich ein Hilfsbedarf andichten lässt. Es ist nur eine Frage der Zeit bis wir in diesem Rat über die nächste Aufstockung des Schulsozialarbeitskredits sprechen; es ist ein Fass ohne Boden. Aus diesen Gründen fordert unsere Fraktion den sofortigen Ausbaustopp der Schulsozialarbeit.

Wir werden deshalb in der Detailberatung einen Streichungsantrag für Antrag 3 stellen. Gleichzeitig anerkennen wir die organisatorischen Änderungen und befinden diese als Schritt in die richtige Richtung, wenn auch nicht das Optimum, hier hat Walter Hotz schon Recht. Deshalb möchten wir auf die Vorlage eintreten und für Antrag 2 eine veränderte Form präsentieren. Zu Antrag 2 werden wir einen entsprechenden Änderungsantrag stellen. “

Iren Eichenberger (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Die geharnischten Voten meiner Vorredner lösen natürlich Diskussionslust aus - aber ich werde heute Abend nicht streiten, auch nicht über die immer böse geschimpfte Salamiaktik. Ich frage mich, warum immer die Lieblingswurst von Thomas Feuerer herhalten muss. Aber ich werde dazu nichts sagen, sondern unseren Bericht vorlesen. Später gibt es vielleicht noch eine Diskussion, dann können wir uns immer noch zu einzelnen Punkten melden.

Die Schulsozialarbeit musste sich ihren Weg so hart erkämpfen wie ein Sechstklässler, der gegen die Empfehlung seines Klassenlehrers die Prüfung in die Sekundarschule schaffen will. Sie hat den Test bestanden.

Innert Kürze ist es den zwei SozialarbeiterInnen gelungen, mit ihrem Einsatz das Vertrauen der Schülerinnen und Schüler, der Lehrpersonen und der Eltern zu gewinnen. Die Schulsozialarbeit hat den Stadtschulrat und offensichtlich auch den Stadtrat überzeugt. Das ist zuallererst dem grossen Engagement und der ebenso grossen Fachkompetenz der beiden Schulsozialarbeitenden zu verdanken. Den Nutzen für die vielfältigen Anspruchsgruppen bestätigt der verfasste Bericht der Hochschule St. Gallen. Der positive Effekt ist sogar so gross, dass es unverantwortbar wäre, diesen sinnvollen Dienst den heute leer ausgehenden Schulhäusern zu verweigern; das ist genauso wie in der Medizin, ein wirksames Medikament muss allen zur Verfügung gestellt und nicht gewissen Gruppen vorbehalten werden.

Unserer Fraktion ist es nicht entgangen, dass der Stadtrat in seiner Vorlage eine äusserst moderate, ja vorsichtige Ausbauvariante wählt. Aus fachlicher Sicht wäre ein höherer Bedarf ausgewiesen und verantwortbar. Wir akzeptieren aber die vorsichtige, allein konsensfähige Ausbaustrategie des Stadtrates. Ich hoffe, die Konsensfähigkeit gilt auch heute noch.

Die Schwerpunkte sind richtig gesetzt, liegt doch im Bereich Altstadt ein besonders intensives Feld. Auch die anfängliche Schwachseite, die Zusammenarbeit der beiden Referate Schule und Soziales, wurde erkannt. Die Schaffung einer von beiden Referaten gebildeten Steuerungsgruppe ist ein konsequenter und in anderen Städten bewährter Schritt.

Ein Wort zu den Kosten: Die Schulsozialarbeit ist ihr Geld wert, die Investitionen in Jugendliche mit Problemen schon im Primarschulalter zahlt sich später durch Einsparungen um ein Vielfaches aus. Das beweisen übrigens Sie selbst mit Ihren Vorstössen und Kleinen Anfragen, die Sie beispielsweise zur Ordnung in der Stadt, zum Jugendalkoholismus und zur Jugendgewalt im Grossen Stadtrat und auch im Kantonsrat einbringen.

Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** musste man nicht lange von dieser Vorlage überzeugen, wir sind dafür. “

SR Jeanette Storrer

Stellungnahme

”Zur Vorgeschichte haben wir heute schon alles gehört, und ich möchte mit meinen Ausführungen nicht mehr ganz vorne anfangen. Zum Ergebnis der Evaluation und zu den Eckpunkten der Schulsozialarbeit füge ich ergänzend Folgendes an, weil ich das Gefühl habe, einige Details seien nicht überall angekommen:

Ergebnis Evaluation:

Daniel Preisig hat ausgeführt, dass keine Anhaltspunkte für eine Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit (SSA) zum heutigen Zeitpunkt vorliegen. Wenn man die Evaluation genau studiert, beweist sie das Gegenteil, weil sie einerseits nämlich eine sehr offen geführte Auseinandersetzung mit der bisherigen Schulsozialarbeit gebracht hat und andererseits auch mit der bisherigen Organisation.

Hier hat sich gezeigt, dass das bisherige, der Schulsozialarbeit zugrunde gelegte

offene Rahmenkonzept einen sehr breiten Spielraum für die Ausübung der schulischen Sozialarbeit ermöglichte und die Zusammenarbeitsformen mit Schulen und Behörden von den zwei Schulsozialarbeitenden der Stadt Schaffhausen individuell aufgebaut wurde. Es stellte sich ebenfalls heraus, dass die Einbindung in das Referat Bildung und Soziales sowie das Verhältnis zum Stadtschulrat noch nicht genügend gefestigt war, da sie ihre Arbeit erst im Frühjahr 2006 aufgenommen hat.

Daraus resultierten die folgenden Empfehlungen zur organisatorischen Weiterentwicklung: Bezüglich Zuständigkeit hat sich *eindeutig* gezeigt, dass die Ansiedlung im Referat Soziales wertvoll ist, weil sie das Einbringen einer Aussensicht und einer gewissen Unabhängigkeit gegenüber der Schule ermöglicht - das möchte ich vor allem zu Walter Hotz sagen. Hingegen soll noch vermehrt Klarheit im täglichen Ablauf geschaffen werden, einerseits mittels einer Leistungsvereinbarung zwischen SSA und Schuleinheit und andererseits mittels einer klaren Abgrenzung gegenüber denjenigen Aufgaben, welche die SSA nicht vorzunehmen hat, das heisst die Schulsozialarbeit sanktioniert nicht, sie spricht keine disziplinarischen Massnahmen aus, macht keine Berufsberatung und Problemfälle werden an die anerkannten Fachstellen im Kanton weitergeleitet. Es gibt in Schaffhausen viele private, nicht nur ausschliesslich staatliche Träger, wir sind also in einer komfortablen Lage. Sie ersehen dies aus der Liste in Ihren Unterlagen.

Schliesslich wird zur organisatorischen Einbindung die Einsetzung einer referatsübergreifenden Steuerungsgruppe vorgeschlagen. Die Steuerungsgruppe besteht nicht aus neuen Personen, sondern es sind Personen, die bereits heute in den entsprechenden Bereichen tätig sind; die Zusammensetzung besteht aus dem Bereichsleiter Bildung, Bereichsleiter Soziales, Mitglied Stadtschulrat, Abteilungsleitung Quartier und Jugend.

Mit Blick auf die Bedarfsabklärung - sie wurde ebenfalls angesprochen - fand zudem eine Erhebung unter den Lehrpersonen der Stadt Schaffhausen statt, welche den grössten Bedarf in Schulhäusern, wo die SSA bereits präsent ist, ausgewiesen hat (Realstufe Gräfler, Alpenblick, Kirchhofplatz, Gega und Emmersberg). Ein erhöhter Bedarf besteht an den Schulhäusern Hohberg, Kreuzgut und Steingut (Quartiere, wo die Stadt mit der Quartier- und Jugendarbeit präsent ist). Evaluation und praktische Erfahrungen haben dieses Bild eindeutig aufgezeigt - es ist also kein wirklich überraschendes Ergebnis und steht nicht quer in der Landschaft. Die übrigen Schulen - und auch dies ergibt sich ganz klar aus der Untersuchung - weisen einen punktuellen Bedarf aus, welcher keine stationäre Schulsozialarbeit rechtfertigt.

Im Vergleich zu anderen Städten wie Winterthur, Bern, Neuhausen, Rorschach, Baden und Wil kann hinsichtlich der Ressourcen Folgendes festgehalten werden:

Es wurde vorher von Fraktionssprecher der SP und dem Kommissionspräsidenten erwähnt, dass Schaffhausen ein 100% Pensum für 890 Schüler einsetzt. Das ist tatsächlich im Quervergleich zu den oben aufgeführten Städten am oberen Limit. Hier muss man bedenken, dass von Seiten der verschiedenen Fachstellen gute Unterstützung und Support geboten wird und die Quartier- und Jugendarbeit in den Brennpunktquartieren bereits präsent ist.

Eckpunkte der SSA gemäss neuer Vorlage:

Die Neuerungen der präsentierten Vorlage ging in den unterschiedlichen Voten etwas verloren. Im Blickpunkt stehen zwei Hauptaspekte:

Die **organisatorische Weiterentwicklung** und die aufgrund des ermittelten Bedarfs

geplante **Erweiterung** gemäss des vom Parlament überwiesenen Motionsauftrages.

Organisatorische Weiterentwicklung:

Es werden klare Zuständigkeiten geschaffen: Mittels Leistungsvereinbarung zwischen Schuleinheit und Schulsozialarbeit wird festgelegt, welches Angebot für welche Schule gilt (siehe Beilage 4).

Die Abgrenzung zu der Arbeit von Fachstellen wird im dem GrSR vorgelegten *Konzept Schulsozialarbeit an der Volksschule der Stadt Schaffhausen* klar aufgezeigt: Keine Sanktionen, keine Therapien, keine Massnahmen, keine Berufsberatung, Weiterleitung von Problemfällen an Fachstellen (siehe Konzept Beilage 1).

Die Organisation wird gestrafft und eine referatsübergreifende Steuerungsgruppe bestehend aus der Bereichsleitung Bildung, Bereichsleitung Soziales, Abteilungsleitung Jugend und Quartier und Stadtschulrat, welche die Rahmenbedingungen aufgrund des Auftrags der Schule festlegt, die Leistungsvereinbarungen zwischen Schuleinheiten und SSA überwacht, Rechenschaftsberichte der SSA entgegennimmt und auswertet sowie zuhanden der Fachkommission Bericht erstattet (Organigramm und Funktionsflussdiagramm Beilagen 3a und 3b). Es wird also nichts Neues aus dem Hut gezaubert.

Die geplante **Erweiterung aufgrund des ermittelten Bedarfs** ergibt sich relativ einfach für die Primarschule Alpenblick, Oberstufe und Primarschule Gega, Oberstufe Gräfler, Steingut, Herblingen (Kreuzgut und Hohberg). Neu ambulant: restliche Schulen (Kiga, Primarschulen Emmersberg, Zündelgut, Steig, Breite, Hemmental, Oberstufe Buchthalen)

Schlussfolgerungen:

Der Vorlage liegt eine sehr fundierte Abklärung zu Grunde und die Empfehlungen zur Weiterentwicklung der organisatorischen und bedarfsgerechten Erweiterung sind explizit auf Schaffhausen zugeschnitten. Auch die Empfehlungen bezüglich der Organisation und Bedarfsabdeckung wurden nicht intern in einer Arbeitsgruppe aus dem Hut gezaubert, sondern von der Fachhochschule St. Gallen begleitet und zu einem massgeschneiderten Kleid für die Stadt Schaffhausen entworfen. Es wurde kein weiterer Bedarf angemeldet, ohne zu wissen, wie sich die Situation bisher präsentierte. In kaum einem anderen Bereich wurde die Arbeit nach relativ kurzer Zeit derart sorgfältig untersucht.

Die Vorlage zur zukünftigen Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit beruht nicht nur auf dem vorgelegten Bericht, sondern dazu gehört auch das Konzept, die Organisation sowie die Musterleistungsvereinbarung, welche ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Team vom Institut für Soziale Arbeit der Fachhochschule St. Gallen entwickelt wurden. Künftig ist es zudem möglich, qualitativ gute Auswertungen und Vergleiche auch zu anderen Städten zu machen.

Die bedarfsgerechte Ausdehnung der SSA trägt dazu bei, insbesondere soziale Probleme in einem frühen Stadium zu erkennen, leistet dabei schnelle und niederschwellige Unterstützung und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsqualität im Sinne einer Entlastung der Lehrpersonen, wie dies auch von Daniel Preisig in seinem Votum gewünscht wurde. SSA ist täglich so nahe an den Kindern und Problemen wie keine andere Behörde. Schule findet täglich statt und diesem Umfeld können sich weder Kinder noch Eltern entziehen.

Gelingt es nur schon in einzelnen Fällen frühzeitig, kostspielige Massnahmen wie Time out und schulische Fremdplatzierungen zu verhindern, so rechnet sich die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit. Dass dem bereits bisher so war und dass damit auch künftig umso mehr gerechnet werden kann, kann Ihnen Bildungsreferent Urs Hunziker sicher gerne bestätigen, und er wird den von Daniel Preisig geäusserten Zweifel mit Sicherheit Fakten entgegensetzen können, denen auch Sie sich nicht entziehen können.

Ich bitte Sie daher, auf die Vorlage des Stadtrates einzutreten und freue mich auf die Detailberatung. “

SR Urs Hunziker

Votum

”SR Jeanette Storrer hat mich um einen kurzen Bericht zur Situation an den städtischen Schulen gebeten. Ich beginne mit einer Erwiderung auf das Votum von Daniel Preisig und lade ihn gerne mit mir auf einen Schulbesuch ein. Er wird sich vor Ort persönlich überzeugen können, dass wir keinerlei Kuschelpädagogik an unseren städtischen Schulen haben; hier möchte ich die Lehrpersonen wirklich sehr in Schutz nehmen, unsere Lehrpersonen haben Autorität. Aber wir haben einige stark belastete Klassen, welche die Lehrpersonen aufs Äusserste fordern, auch solche, die keinerlei Affinität zur Kuschelpädagogik haben. Genau dort setzt die schulische Sozialarbeit an.

Wir hatten letzte Woche eine Klausurtagung mit dem Stadtschulrat, und ich kann Ihnen von folgendem aktuellen Beispiel berichten, das durch die Lehrervertreterin im Stadtschulrat eingebracht wurde. In ihrer Klasse habe bei zwei Schülern eine Fremdplatzierung vermieden werden können. Überschlagsmässig kostet eine Fremdplatzierung zwischen Fr. 70'000.-- und Fr. 100'000.-- im Jahr - Beat Schmocker als Gast auf der Tribüne kann mich allenfalls korrigieren - wir haben aber nicht nur *eine* Klasse, welche die Schulsozialarbeit in Anspruch nimmt, sondern viele. Wenn pro belastete Klasse nur ein bis zwei Fälle von Fremdplatzierungen verhindert werden können, haben sich die Kosten der Schulsozialarbeit bereits “gelohnt”.

Ansonsten schliesse ich mich dem Votum von SR Jeanette Storrer an und bitte Sie um Unterstützung der Vorlage. “

Erwin Sutter (EDU)

Votum

”Das Projekt wurde Ihnen vom Kommissionspräsidenten ausführlich geschildert, so dass ich nur noch wenig anzufügen habe. Wichtig erscheinen mir folgende Punkte:

Schüler und Schülerinnen mit schwerwiegenden sozialen und psychischen Problemen sind heute leider eine Realität und längst keine Einzelfälle mehr. Die Ursachen sind vielschichtig, doch einige wesentliche Faktoren gilt es hervorzuheben:

- Der Anteil von zerrütteten Familien ist hoch. Dies lässt sich an der extrem hohen Scheidungsrate ablesen. Die Folgen dieses Fehlverhaltens unserer Gesellschaft tragen zu einem wesentlichen Teil die Kinder.
- Oft mangelt es an der Bereitschaft von Kindern aus anderen Kulturen, sich unseren Verhältnissen und vorgegebenen Ordnungsansprüchen anzupassen. Es ist eine Tatsache, dass sich Problemfälle dort häufen, wo der Ausländeranteil unter den Schülern besonders hoch ist. Leider fehlt es oft

auch an Kooperation von Seiten der Eltern, die ihre Kinder in ihrem Fehlverhalten nicht selten sogar noch unterstützen. Eine stärkere Inpflichtnahme solcher Eltern und ein Katalog mit Sanktionsmöglichkeiten wären längst fällig.

- Fehlende oder falsche Orientierung der Gesellschaft. Ohne Kenntnis unseres Woher und Wohin kann sich unsere Jugend kaum gesund entwickeln. Aus Furcht vor anderen Kulturen und indem wir Eltern das Prinzip der Toleranz über alles stellen, nehmen wir Abschied von unserem kulturellen Erbe und entlassen unsere Jugend in ein Vakuum, das sich zwangsläufig mit allen möglichen Ersatzreligionen und Weltanschauungen füllt.
- Mütter haben ihr Recht sich selbst zu verwirklichen, Priorität haben Beruf und Wohlstand. Kindererziehung wird zwar als wichtig angesehen, aber zwischen Theorie und Praxis klaffen oft grosse Lücken. Kinderpsychologen, die auf Folgen durch die fehlende oder gestörte Mutter-Kindbeziehung insbesondere in den ersten drei Lebensjahren hinweisen, werden kaum zur Kenntnis genommen.
- Vater-Kindbeziehungen sind häufig gestört oder fehlen ganz. Die negativen Folgen für Kinder, denen eine positive Vorbildfunktion der Väter fehlt, sind nicht zu unterschätzen. Dazu kommt, dass unsere Schulen zunehmend eine ausschliessliche Domäne der Frauen sind – zumindest in der Primarschule.
- Kinder brauchen Grenzen, sie suchen sie und fordern uns diesbezüglich ständig heraus. Fehlen diese, ist es kein Wunder, wenn sie in der Schule und in ihrem persönlichen Umfeld in Probleme laufen.
- Unkontrollierter Umgang mit Unterhaltungsmedien. Was hier an Gewalt und freiem Sex verbreitet und zugelassen wird, kann nicht ohne Folgen bleiben. Wenn wir meinen, es ist ja nur Unterhaltung, dann irren wir uns gewaltig.
- Die Liste könnte fast beliebig weiter ergänzt werden, es entspricht leider der Realität, in der wir leben. Eigentlich würde ich hier lieber zu einer Vorlage zum Thema Elternsozialarbeit sprechen, denn viele Eltern scheitern schlicht an ihrer Aufgabe. Schulsozialarbeit entspricht als Folge unserer gesellschaftlichen Verhältnisse einem klaren Bedürfnis aus der Lehrerschaft, das hat uns auch SR Urs Hunziker erläutert.

Zurück zur Vorlage:

- Die Organisation und Zuständigkeiten zwischen den betroffenen Stellen sind über das Funktionendiagramm, siehe Beilage 3 in der Vorlage, nun wesentlich klarer geregelt.
- Die Schule als Auftraggeber formuliert ihre Bedürfnisse via Leistungsvereinbarung an das Sozialreferat. Die erbrachten Leistungen können daran gemessen werden.
- Die Einsetzung einer Steuerungsgruppe hilft Schnittstellenprobleme einer Lösung zuzuführen und dient auch als Organ zur Qualitätskontrolle.

- Die Fachkommission Bildung Soziales wird die Qualitätssicherungsdaten, inklusive Benchmark mit anderen vergleichbaren Städten durchführen können. Wir - die Fachkommission, und ganz besonders auch ich, solange ich Mitglied der FK bin - erwarten hier für die hohen Kosten der Schulsozialarbeit entsprechende Ergebnisse und werden uns nicht scheuen, die Schulsozialarbeit kritisch zu hinterfragen.

Den Ausbau der Schulsozialarbeit kann ich persönlich befürworten, da ich das Bedürfnis sehe, möglichst frühzeitig - bereits in den Primarschulen - auf Probleme reagieren zu können. Ich sehe es als eine Investition in die Zukunft. Mit dem Status quo könnten wir zwar im Moment einiges an Geld sparen, wir würden die Kosten mit Zins und Zinseszins einfach auf später vertagen. Gouverner c'est prévoir, das ist eigentlich mein Schlusswort. "

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

Votum

"Heute stehe ich als Minderheitssprecherin der FDP/JFSH-Fraktion und als Mitglied der Fachkommission Soziales, welche die Vorlage vorberaten und einstimmig verabschiedet hat, am Rednerpult.

Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, dass vor rund vier Jahren unser Rat den Beschluss fasste, die Schulsozialarbeit vorerst an den Realschulen unserer Stadt einzuführen. Heute - wie auch an unserer ersten Schulsozialarbeitsdebatte - haben wir grundlegende Punkte, die für eine Schulsozialarbeit sprechen, bereits gehört. Die Bedarfsabklärung für eine mögliche Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit wurde auf unser Verlangen in die Wege geleitet. Das Resultat ist in der Vorlage umschrieben und stützt eine bedarfsgerechte Ausdehnung auf weitere Schulstufen.

Da durch meine Vorredner und durch SR Jeanette Storrer schon viele, in der Vorlage umschriebene Fakten erläutert wurden, möchte ich den Punkt der Chancengleichheit für unsere Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellen. Wir alle wissen, dass die Schulsozialarbeit vor drei Jahren für einen Teil der Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe gestartet wurde. So oder so wird die Schulsozialarbeit in diesen einzelnen Schulen auch nach unserer Beschlussfassung bestehen bleiben.

Es geht heute darum, Ja zu sagen für die bedarfsgerechte Ausdehnung auf alle Schulstufen. Dieser Schritt ist einfach nötig, damit alle Schulstufen die gleichen Rahmenbedingungen haben und somit ihre individuelle Unterstützung durch die Schulsozialarbeit wahrnehmen können. Ich bitte Sie deshalb dieser Vorlage zuzustimmen und möchte betonen, dass wir über unsere Volksschule sprechen und nicht über einzelnen Privatschulen in unserer Stadt. "

Simon Stocker (AL)

Votum

"Es gibt einen amerikanischen Philosophen, dessen Namen mir leider zurzeit nicht einfällt, der vor einigen Jahren ein Essay mit dem Titel "Bullshit" geschrieben hat; zusammenfassend wird die Aussage gemacht, dass Bullshit nichts anderes wie Halbwissen, vermischt mit Dummheit und Unwissenheit sei. Die Voten meiner ersten beiden Vorredner lassen keinen anderen Schluss zu. Ich kann dazu nur Folgendes hinzufügen: Gut zu argumentieren, hat auch immer mit Intelligenz zu tun.

Wenn ganze Berufsgruppen derart verunglimpft werden, zeugt es nicht gerade von Intelligenz. Ich möchte meine beiden Vorredner in die Schule einladen, wie auch SR

Urs Hunziker dies bereits machte. Oder lassen Sie sich in den Stadtschulrat wählen, werden Sie Vater oder wagen Sie wieder einmal den Schritt in ein Schulhaus. Mich ärgert am meisten, dass es Leute gibt, welche die Augen vor gesellschaftspolitischen Veränderungen schliessen. Erwin Sutter hat es angesprochen, die Scheidungsrate liegt bei 50% und die klassische Familie, die so gerne von Ihnen herbeigezogen wird, ist schon lange nicht mehr die *Lösung* des Problems von Jugendlichen, sondern meistens die *Ursache* davon, und diese können nicht mehr im familiären Rahmen gelöst werden.

Es ist klar, was passiert; die Jugendlichen deponieren ihre Probleme in der Schule und die Lehrpersonen sind die Leidtragenden. Was unsere Lehrerinnen und Lehrer an Problemen von diesen Jugendlichen in der Schule "abfangen", zeugt von einer überaus grossen Leistung; ich kann dazu nur sagen "Hut ab" und Ihre Voten schockieren mich sehr.

Wagen Sie den Schritt in die Schulstube, aber ich befürchte, dass Sie dies aus Angst vor Angriffen von Kuschelpädagogen tunlichst vermeiden werden. Manchmal habe ich den Eindruck, Sie handeln und denken mehrheitlich nach dem Motto "Was nicht sein darf, kann ja gar nicht sein" - und dies nicht nur beim heutigen Thema Schule. Ich empfehle Ihnen die Augen zu öffnen, denn, was Sie hier betreiben, ist nichts anderes wie das Problem an die Familien zurückzuweisen, die es nicht lösen *können* - oder wollen, aber davon gibt es nur wenige, die meisten können es wirklich nicht.

Meiner Meinung nach ist diese Haltung unverantwortlich, Sie lassen die Jugendlichen und auch die Lehrpersonen im Regen stehen. Das finde ich verantwortungslos, dafür sollten Sie sich schämen. "

Urs Tanner (SP)

Votum

"Mein Jungkollege Simon Stocker hat ziemlich harsche Worte gewählt; dies würde ich nie tun - da kennen Sie mich zu gut. Vielen Dank an Erwin Sutter für die zustimmenden Worte aus seiner politischen Ecke, da ich weiss, dass sie ihm nicht leicht gefallen sind; die xenophoben Klammern der Erklärungen hingegen unterstütze ich logischerweise nicht.

Generell möchte ich an dieser Stelle bemerken, dass der Lehrerinnenberuf auf Primarstufe für Männer nicht attraktiv ist, man zuwenig verdient und diese Teilzeitjobs sehr viele Frauen anzieht. Männer verdrücken sich leider viel zu viel aus Beziehungen, auch wenn sie in einer konventionellen Familie leben; viele Väter gehen um sechs Uhr aus dem Haus und kommen um 10 Uhr zurück, ob das eine wirkliche Präsenz ist, bleibe dahin gestellt. Seit 13 Jahren versuche ich als Teilzeithausmann meinen Part zu geben, obwohl das nicht heisst, dass meine Kinder besser wie Ihre herauskommen. Ich kann nur sagen: Männer, weniger arbeiten, mehr an die Wiege, und nicht erst dann, wenn das Kind schon fast erwachsen ist, wie im Fall des Stadtpräsidenten von Zürich. Die Erziehungswissenschaft ist keine exakte Wissenschaft im Sinne der Physik, die Ökonomie - siehe jetziges Desaster - übrigens auch nicht.

Ich kann Ihnen sagen, dass ich auch ohne knallharte wissenschaftliche Beweise dieser Vorlage zustimmen würde, obwohl die Resultate der Evaluationsstudie - auf die vielfach hingewiesen wurde - auch wirklich vorliegen; die Fakten liegen also vor. Ohne Schulsozialarbeit würde es mehr Littering, mehr Körperverletzungen, Delikte und Suizide geben, auch das ist ein Fakt. Das macht Prävention so wichtig, aber sie

ist eben schwierig zu messen. Kameras aufstellen und an jedem Fussballmatch ein Bataillon von Polizei einsetzen ist viel einfacher, aber ganz bestimmt nicht billiger; diese Bemerkung richte ich vor allem an die Kollegen auf der rechten Seite.

SR Urs Hunziker hat bereits darauf hingewiesen, dass die Sanktionen auf die genannten Probleme einiges teurer werden wie die für die Schulsozialarbeit vorgesehenen 380 Stellenprozent. Peter Möller könnte Ihnen ebenfalls bestätigen, dass Fremdplatzierungen mehr kosten wie diese Stellenprozente.

Mit dieser Vorlage wird nicht kollektiv gekuschelt und gefummelt, es wird nämlich knallhart Geld gespart. Schauen Sie dieser Tatsache in die Augen, springen Sie über Ihren eigenen Schatten und stimmen Sie der Vorlage zu. “

Beat Steinacher (SP)

Votum

”Vor Ihnen steht ein Kuschelpädagoge. Ich kuschele gerne, mache auch gerne Pädagogik, beides zusammen habe ich noch selten gemacht. Ich stehe heute zum ersten Mal am Rednerpult und möchte mit einer Wiederholung beginnen: Daniel Preisig, komm doch bitte einmal in der Schule vorbei, ich habe dich auch schon schriftlich dazu eingeladen. Ich lade selbstverständlich auch alle anderen herzlich ein, unsere Schule zu besuchen und ein paar Stunden mit den Kuschelpädagogen zu verbringen. Dort lässt sich schnell feststellen, dass die meisten Lehrer den Schwanz nicht einziehen können, weil es nämlich Lehrerinnen sind; dieses kleine Faktum ist schon einmal bemerkenswert.

Walter Hotz, manchmal sind Probleme weitaus komplexer wie du es haben möchtest, und folglich sind auch die Lösungen komplexer. Vielleicht ist dann sogar sinnvoll, wenn fächerübergreifend - in diesem Fall referatsübergreifend - nach Lösungen gesucht wird. Hier liegt der springende Punkt, uns Lehrkräften fehlt die Koordinationsstelle, welche das Schulische mit dem sogenannten Sozialen, das heisst mit den familiären Problemen verbindet. Wenn die Lehrperson, die eigentlich für das Lernen in all seinen Facetten zuständig ist, auch noch für diesen Kurzschluss verantwortlich ist, geht dies bestimmt einmal ins Auge. Wenn Kinder, die in ihrem sozialen Umfeld problematische Situationen erleben, diese in die Schule mitbringen, kann es sehr schnell dramatische Folgen haben. Das habe ich als Lehrer am eigenen Leib, aber auch in meiner Funktion als Schulleiter erleben müssen. Eine Fremdplatzierung kann nicht nur enorme Folgen für das Lernen des betroffenen Kindes haben, sondern auch für das weitere Umfeld, beispielsweise für die ganze Klasse; je nach bestehender Dynamik, kann eine ganze Klasse “umkippen”, das heisst, das Lernen funktioniert nicht mehr, was natürlich wiederum auch für die Lehrperson sehr aufwändig sein kann.

In diesem Sinne plädiere ich dafür, dass Sie auch die Anerkennung gegenüber den Resultaten, die erbracht worden sind, aussprechen; diese können - wie schon erwähnt - leider nicht mit dem Meter gemessen werden, wahrscheinlich auch nicht mit dem Portemonnaie, obwohl dies die wirkungsvollste Messung wäre. Trotzdem gibt es sie. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Ich möchte mich mit Simon Stocker gerne über diese Thematik geistig duellieren - aber er ist leider unbewaffnet. Er hat bereits am 2. September 2008 anlässlich der Debatte über die Motion von Katrin Hauser-Lauber “Eltern-Kind-Kurs vor dem

Kindergarteneintritt" persönliche Äusserungen gemacht, heute macht er es wieder und spricht von Dummheit, aber etwas anderes haben wir von ihm nicht gehört. Das ist typisch, wenn die Argumente ausgehen, wird man persönlich. Lieber Simon Stocker, du bist zu jung und hast zuwenig Lebenserfahrung, das muss ich hier an dieser Stelle einfach einmal sagen.

Zu SR Jeanette Storrer muss ich sagen, dass - was Sie betreffend Organisationsstrukturen präsentiert haben - wirklich nicht optimal ist (und dies ist freundlich ausgedrückt). Sind bei dieser Organisationsstruktur die Fachkommissionen einbezogen? Überhaupt nicht, und mit dieser Struktur werden Sie auch nie einen Erfolg erreichen. Wir sind nicht gegen die Schulsozialarbeit, aber dagegen, dass sie ausgebaut wird. Sie müssen endlich den Beweis erbringen, dass diese Stellenprocente von 170% nicht genügen. Bringen Sie bitte einmal diesen Beweis. "

SR Jeanette Storrer

Stellungnahme

"Ich bedanke mich an dieser Stelle für die Diskussion, insbesondere für die sorgfältige Arbeit in der Fachkommission und die umsichtige Führung der Sitzungen durch den Präsidenten Kurt Zubler. Im April 2008 haben Sie dem SR mit der Überweisung der Motion von Christa Flückiger den Auftrag gegeben, dem Rat eine Vorlage für die bedarfsgerechte Schulsozialarbeit vorzulegen. Dass der Bedarf nicht sorgfältig evaluiert und abgeklärt worden sei, hat heute niemand bestritten. Bezüglich der Organisationsstruktur möchte ich mich nicht weiter auf Detailfragen einlassen; es scheint ein spezielles Anliegen von Walter Hotz zu sein; ansonsten wurde anerkannt, dass wir ein taugliches Instrument über die zukünftige organisatorische Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit vorlegen.

Es mir durchaus bewusst, dass der GrSR im gegenwärtig schwierigen Umfeld jeden Franken - und dies zu Recht - zweimal umdreht, wenn der Staat neue Ausgaben tätigen soll. Ich bitte Sie jedoch, generell und in jedem Fall Investitionen in die bauliche und die Verkehrsinfrastruktur nicht mit gänzlich anderen Ellen zu messen als Investitionen in Bildung und jugendliche Entwicklung. Jene unter Ihnen, für welche die Jugend und die Schulzeit noch nicht allzu lange zurückliegen, wissen aus eigener Erfahrung, dass die Volksschule heute ein Schmelztiigel aus gesellschaftlich unterschiedlichsten Prägungen zu bewältigen hat, mit denen das Schulsystem zuweilen überlastet ist. Andere haben Enkel und durch sie einen vertieften Einblick in den heutigen Schulalltag, der sich vermutlich von jenem der eigenen Erfahrung unterscheidet. Nach dem Motto "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf" zu handeln ist wenig klug, das wissen Sie alle selbst.

Ich bitte Sie daher nochmals, der Vorlage zuzustimmen. "

Kurt Zubler (SP)

Schlusswort Präsident FK Bildung

"Ich nehme auf zwei Voten kurz Stellung: Walter Hotz hat einerseits gesagt, man habe keine Fakten und Zahlen und verlasse sich bei den Abklärungen auf eine wissenschaftliche Studie. Wenn man eine sorgfältige Evaluation durchführen will, ist es wirklich sinnvoll, wenn eine wissenschaftliche Studie gemacht wird; zuerst wird ein Konzept erarbeitet und dieses lässt man von einer externen Stelle begleiten; damit erreicht man das bestmögliche Resultat. Zudem wurde von Walter Hotz der Beweis, die 170% Stellenprozent genügen nicht, verlangt. Diese Stellenprozent waren auf die Realschulstufe beschränkt und auf diese bestimmte Stufe fokussiert. Im Rat wurde

aber die Meinung vertreten, dass dies kein guter Ansatz sei, sondern dass *alle* Lehrpersonen und Eltern, die sich in einer Situation befinden, in der die schulische Sozialarbeit nötig ist, diese in Anspruch nehmen können. Ich sehe nicht ein und kann nicht verstehen - gleichzeitig nehme ich auch Bezug auf den von Daniel Preisig gestellten Antrag - wieso man als Schweizerische Volkspartei nicht wollen kann, dass an der Volksschule der Zugang für *alle* offen ist und eine Stufe privilegiert behandelt werden soll. Es gibt auch Menschen an der Sekundarschule, die diese Unterstützung möchten. Wir haben heute Abend von einem Primarlehrer gehört, dass auch dort das Bedürfnis besteht. Ich sehe nicht ein, warum einzelne Gruppen privilegiert werden und nicht die gesamte Volksschule Zugang erhält. “

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde und damit **EINTRETEN** beschlossen ist.

DETAILBERATUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest die Vorlage vom 16.12.08 Seiten 1-6, die Anträge auf Seite 6 sowie den von der Fachkommission Bildung beantragten neuen Antrag 4 wie folgt:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 16.12.08 betreffend Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt das vorgelegte Konzept zur Schulsozialarbeit an den Volksschulen der Stadt Schaffhausen.

Wortmeldung von Daniel Preisig (JSVP):

Änderungsantrag: Der GrSR genehmigt unter Berücksichtigung der personellen Rahmenbedingungen die in der Vorlage vorgeschlagenen Verbesserungen, beziehungsweise Organisation und Zuständigkeiten der Schulsozialarbeit an den Volksschulen der Stadt Schaffhausen.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 20 : 13 Stimmen abgelehnt.

3. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Monate August bis Dezember 2009 die für die bedarfsgerechte Ausdehnung der Schulsozialarbeit auf die gesamte Volksschule notwendigen zusätzlichen Personalaufwendungen im Betrag von Fr. 84'000.-- (Besoldungen) und Fr. 15'000.-- (Sozialleistungen).

Wortmeldung von Daniel Preisig (JSVP):

Antrag auf Streichung dieses Antrages.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 20 : 10 Stimmen abgelehnt

4. Die Motion von Christa Flückiger (SP) “Bedarfsgerechte Einführung von Schulsozialarbeit” wird als erledigt abgeschrieben. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 16.12.08 und den von der Fachkommission Bildung hinzugefügten Antrag 4 vom 05.05.09 mit **20 : 10 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 Postulat Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den
Stadt Schaffhauser Schulen****Peter Möller (SP)****Begründung**

„Ich habe es vor gut zwei Jahren schon einmal gesagt. Der Sport im Wasser, das Schwimmen, zählt zu den gesündesten Sportarten. Der Schwimmunterricht leistet auf eine einfache spielerische Art einen wichtigen und umfassenden Beitrag zur Entwicklung des Kindes. Er fördert sowohl koordinative, psychische als auch physische Fähigkeiten. Gute Schwimmfertigkeiten tragen ausserdem massgeblich zur Verhütung von Ertrinkungsunfällen bei.

Dem wird – zumindest theoretisch – auch im Kanton Schaffhausen Rechnung getragen. So sieht der Lehrplan Sport im Bereich Schwimmen vor, dass die Kinder der Unterstufe die Gefahren und Verhaltensregeln im Schwimmbad kennen und eine freie Schwimmart beherrschen. In der Mittelstufe sollten sie dann die Verhaltensregeln beim Schwimmen, im Schwimmbad oder im See kennen. Sie sollten verschiedene Schwimmarten ausführen und verbessern, so die Grobformen Brust, Kraul und Rückenraul. Weiter geht es in der Sekundarstufe 1, wo die Verhaltensregeln beim Schwimmen auch in Flüssen sitzen sollten und die Schülerinnen und Schüler in zwei bis drei Schwimmarten sicher schwimmen können sollten.

Um diesen Lernplanziele entsprechend Gewicht einzuräumen, müssten ungefähr ein Sechstel aller Sportlektionen für das Schwimmen reserviert werden. Dies würde heissen, jede Klasse geht sechs bis sieben Mal pro Schuljahr Schwimmen à zwei bis drei Lektionen (je nach Distanz zum Schwimmbad).

Wie erwähnt, dies der wohl eher theoretische Teil. Denn die Praxis sieht ganz anders aus. Während einzelnen Klassen ein regelmässiger Schwimmunterricht mit entsprechend ausgebildeten Lehrkräften zugute kommt, sieht das bei anderen ganz anders aus. Ich kann Ihnen das aus eigener Erfahrung schildern. Meine drei Kinder werden oder wurden in den Stadt Schaffhauser Schulen unterrichtet und ich kann nur sagen, sie sind weit von der oben erwähnten Kadenz entfernt. Wenn sie einmal im Semester ins Schwimmbad gingen oder gehen, so ist das bereits viel.

Dass es auch anders geht, zeigen die Stadt Zürich wie auch die Stadt Frauenfeld, dort erhalten die ersten sechs Primarschulklassen vierzehntäglich Schwimmunterricht. Eine vollamtliche Schwimmlehrerin und die jeweilige Klassenlehrkraft unterrichten die Schülerinnen und Schüler in dieser Sportart. Erklärtes Ziel ist in Frauenfeld, dass die Kinder flächendeckend in der Primarschule das Schwimmen erlernen. Auch die Stadt Bern zieht hier nach, im April 2008 überwies das dortige Parlament einstimmig eine Motion gleichen Inhalts wie das vorliegende Postulat. Unter dem Motto „Jedes Kind soll schwimmen lernen“ wird nun laut einer Mitteilung der Stadt Bern ab dem kommenden Schuljahr Schwimmen obligatorisch unterrichtet. Der Schwimmunterricht soll im vierten Schuljahr stattfinden

und eine Lektion des bisherigen Sportunterrichts beanspruchen. Die Schülerinnen und Schüler gehen halbklassenweise entweder im 14-tägigen Rhythmus oder im Rahmen eines Halbjahreskurses wöchentlich in den Schwimmunterricht. In der Regel wird in Bern der Unterricht durch Sportlehrkräfte erteilt, welche die Ausbildung für den Schwimmunterricht abgeschlossen haben oder diese in naher Zukunft erwerben werden.

Ich denke, dies wäre ein Ziel, welches sich auch die Stadt Schaffhausen - als Gemeinwesen, das an einer der schönsten Flusslandschaften Europas liegt - auf die Fahnen schreiben dürfte. Dieser Einschätzung hat der zuständige Schulreferent bereits in der Beantwortung meiner Interpellation im Dezember 2006 an sich zugestimmt.

Ich gebe dem Schulreferenten auch Recht darin, dass das Schwimmenlernen nicht alleinige Aufgabe der Schule sein kann, sondern hier auch die Eltern gefordert sind. Viele Eltern kommen dieser Aufgabe auch nach, sonst hätten im letzten November nicht bereits 765 Jugendliche die Kurse der SCS-Schwimmschule besucht. Dies zeigt deutlich, dass bei vielen Eltern der Wille vorhanden ist, ihren Kindern die notwendigen Grundlagen mit auf den Weg zu geben. Leider muss aber auch festgestellt werden, dass die Teilnehmenden eher aus bildungsnahen Schichten stammen und weite Kreise der Bevölkerung kaum solche Angebote annehmen wollen oder können.

Aus meiner Sicht geht es sodann nicht an, auch in diesem Zusammenhang nur auf den Kanton zu warten. Zwar obliegt dem kantonalen Turninspektorat die Aufsicht über die Erfüllung der kantonalen Lehrplanvorgaben, aber es kann doch nicht sein, dass die zuständigen städtischen Behörden sehen, dass Lehrplanvorgaben schlecht oder gar nicht eingehalten werden, die Hände in den Schoss legen und auf den Kanton warten. Da erwarte ich schon ein Tätigwerden und nicht ein sich Verstecken hinter Kompetenzvorschriften, insbesondere wenn es um das Wohl unserer Kinder geht.

Ich denke, es ist nun genug Zeit vergangen, ohne dass in dieser Sache Nägel mit Köpfen gemacht wurden. Ich möchte daher den Stadtrat beauftragen in dieser Sache aktiv zu werden und allenfalls zusammen mit dem Stadtschulrat und weiteren Ansprechpartnern die notwendigen Schritte zu unternehmen. Dass hier auch eine Zusammenarbeit oder Absprache mit dem Kanton möglich ist, erscheint mir klar. Aber ich bin eben auch der klaren Überzeugung, dass die Stadt auch wieder einmal im schulischen Bereich eine Vorreiterrolle übernehmen darf und bitte Sie daher, dem Postulat zuzustimmen. “

SR Urs Hunziker

Stellungnahme Stadtrat

”Ich kann Peter Möller beruhigen, wir haben bereits Nägel mit Köpfen gemacht, wie Sie aus der folgenden Stellungnahme des SR entnehmen können.

Der Stadtrat wurde von Peter Möller namens der SP/AL-Fraktion mit Postulat vom 10. November 2008 eingeladen, dem Stadtparlament Bericht zu erstatten über die Massnahmen, mit welchen gewährleistet werden kann, dass alle Kinder in der Primarschule schwimmen lernen.

Gemäss Art. 70 des Schulgesetzes und § 54 des Schuldekretes bestimmt der Erziehungsrat über die Lehrpläne und ist somit verantwortlich für die Regelung des

Schwimmunterrichts. Der Stadtschulrat beaufsichtigt gemäss Art. 50 der Verfassung der Einwohnergemeinde Schaffhausen, Art. 71 des Schulgesetzes und § 55 des Schuldekretes die Einhaltung des Lehrplans und ist dafür besorgt, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Schulpflicht erfüllen; dazu gehört selbstverständlich auch der Schwimmunterricht.

Aus den oben genannten Gründen fällt die Thematik "Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen" in die Kompetenz von Erziehungs- und Stadtschulrat. Der Stadtrat kann hier allenfalls Anregungen machen.

Grundlagen zum Thema Schwimmunterricht in der Volksschule:

Im aktuellen Lehrplan wird der Schwimmunterricht innerhalb des Fachbereichs "Sport" geregelt. Peter Möller hat dies bereits zitiert, ich halte mich bei meinen Ausführungen an folgenden Wortlaut, der als Richtziel im Lehrplan definiert ist:

„Das Wasser als Bewegungsraum entdecken: Die Schülerinnen und Schüler kennen die wichtigsten Verhaltensregeln, entdecken das Wasser als Bewegungs- und Erlebnisraum, sind mit dem Wasser vertraut und beherrschen einige Schwimm- und Wassersportarten.“

Daraus eine generelle Kadenz von sechs bis sieben Mal Schwimmen à zwei bis drei Lektionen abzuleiten, ist aus meiner Sicht nicht statthaft, als die Schwimmkenntnisse der Kinder sehr stark unterschiedlich sind. In einigen Fällen wird dies genügen, in anderen wahrscheinlich nicht. Es gibt im Lehrplan keine Kadenz, die vorgeschrieben ist; ich kann Ihnen jedoch an dieser Stelle mitteilen, dass sich das Ziel von Peter Möller mit unserem deckt und in der Regel können unsere Kinder am Ende der Primarschule schwimmen. Der Grossteil der Kinder beherrscht das Schwimmen bereits nach den ersten drei Schuljahren. Dass es Ausnahmen gibt, ist uns bewusst; dort liegt die Schuld nicht unbedingt bei den Organen, die den Schwimmunterricht zu überwachen haben.

Verschiedene Gespräche mit dem Turninspektor haben ergeben, dass die Fragestellung "Schwimmunterricht an den Schulen" auch in anderen Gemeinden diskutiert und eine kantonale Regelung angestrebt wird.

Kanton und Stadt Schaffhausen sind mit den Postulanten einig, dass Schwimmen - gerade in unserer Gegend - unter Umständen lebenswichtig sein kann. Das Ziel, dass alle Kinder der Primarschule Schwimmen können, ist unbestritten.

Schwimmen ist einerseits eine sehr gesunde, andererseits aber auch eine nicht ungefährliche Sportart; eine Diskrepanz, mit welcher die Lehrpersonen immer wieder konfrontiert sind. Selbst geübte Schwimmerinnen und Schwimmer sind nicht vor einer Schwäche gefeit, die sich sofort lebensbedrohend auswirken kann. Nichtschwimmer müssen ständig im Auge behalten werden und benötigen sehr viel direkte Unterstützung. Eine grössere Gruppe von Nichtschwimmern und Schwimmern gemeinsam zu unterrichten ist äusserst anspruchsvoll.

Lehrpersonen, die ins Schwimmbad gehen, fürchten sich deshalb oft bereits mit einem Bein im Gefängnis, weil es fast unmöglich ist, ständig alle Kinder unter Kontrolle zu behalten. Strenge organisatorische Massnahmen (Dreier-Gruppen, fixe Treffpunkte und Zeiten) sind zwingend nötig, können aber einen tragischen Unfall nie ganz ausschliessen.

Das Organisieren von Begleitpersonen – wie dies oft gehandhabt wird - ist durch den gesellschaftlichen Wandel (in vielen Familien gehen beide Elternteile einer geregelten Arbeit nach) schwieriger geworden. Ausserdem bleibt die Verantwortung auch dann bei der Lehrperson.

Wenn es darum geht, Schwimmanfängerinnen und Schwimmanfänger zu unterrichten, ist die Unterstützung durch professionelle Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer hilfreich und wird in der Stadt Schaffhausen seit etwa zwei Jahren auf Antrag der Lehrperson bewilligt und finanziert. Dies, obwohl Stadtschulrat und Erziehungsdepartement grundsätzlich skeptisch sind, wenn Fachexperten zur Erteilung des Unterrichts beigezogen werden; man müsste beispielsweise für das Fussballspielen ebenfalls Experten beiziehen. Schliesslich sind die Lehrpersonen auch für die Erteilung des Sportunterrichtes ausgebildet. Erst in jüngster Zeit ist es möglich, eine Ausbildung zur Lehrperson ohne die Berechtigung zur Erteilung des Sport- und damit des Schwimmunterrichtes zu absolvieren. In diesen Fällen müssen die entsprechenden Lektionen durch eine Lehrperson erteilt werden, welche über die notwendige Unterrichtsberechtigung verfügt. Grundsätzlich muss bei einer vielfältigen Ausbildung zum Beruf der Lehrerin oder des Lehrers davon ausgegangen werden, dass diese in der Lage sind, alle Fächer zu unterrichten, für die sie aufgrund ihrer Ausbildung berechtigt sind.

Möglicher Massnahmenkatalog:

Das Erziehungsdepartement und der Stadtschulrat prüfen derzeit den nachfolgenden Massnahmenkatalog:

1. Aufklärung der Eltern:

Auch wenn der Schule bei der Vermittlung der Schwimmfähigkeiten ein wichtiger Part zukommt, ist es wichtig, dass die Eltern in Pflicht genommen werden und über die Bedeutung des Schwimmens ausreichend orientiert sind. Hier soll eine vermehrte und verbesserte Aufklärung der Eltern ansetzen.

2. Unterstützung der freiwilligen Schwimmkurse:

Die Schwimmkurse, welche durch ausgebildete Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer in der Ferienzeit und am Mittwochnachmittag erteilt werden, sollen gefördert werden.

3. Moderater Ausbau der professionellen Unterstützung bei Schwimmanfängerinnen und Schwimmanfängern:

Die Stadt finanziert Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer, welche die Lehrpersonen beim Unterricht mit Schwimmanfängern unterstützen.

Diese Massnahme wird bereits seit einiger Zeit mit Erfolg umgesetzt: Vor etwa zwei Jahren wurden – wie bereits erwähnt - versuchsweise erstmals Anträge von Lehrpersonen bewilligt, die für den Anfängerschwimmunterricht professionelle Schwimmlehrerinnen beiziehen wollten. Aufgrund der gemachten guten Erfahrungen wurde hierauf ins Budget 2009 unter der Position 2195.318.209 (Projekte und Aktionen) ein Kredit von Fr. 3'000.-- für die Finanzierung von externen Schwimmlehrpersonen aufgenommen und auch so kommentiert. Die bisherige grosse Nachfrage zeigt, dass die budgetierten 50 Lektionen kaum ausreichen werden, wurden doch für das erste Halbjahr 2009 bereits rund 90 Lektionen beantragt. Für das Budget 2010 wird dieser Kredit mit Sicherheit erhöht werden müssen. Ich hoffe dann auf die Unterstützung des Grossen Stadtrates.

4. Richtlinien zum Schwimmunterricht:

Es sollen kantonale Richtlinien zur Organisation des Schwimmunterrichts geschaffen werden.

Der Stadtrat unterstützt das Vorgehen von Stadtschulrat und Erziehungsdepartement, wird sich aber aus den einleitend erwähnten Gründen nicht in die fachliche Diskussion einmischen. Er empfiehlt dem Grossen Stadtrat daher, das Postulat Möller nicht erheblich zu erklären. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Angesichts des anstehenden Aperitifs und der Würste, die auf dem Grill liegen, fasse ich mich kurz. Man könnte dies auch tun, mit einem Hinweis auf die fehlenden formellen Voraussetzungen in Bezug auf Zuständigkeiten und auf den Schaffhauser Lehrplan, der tatsächlich alle gestellten Forderungen bereits beinhaltet. In formeller Hinsicht handelt es sich um eine Angelegenheit, die abschliessend in den Zuständigkeitsbereich des Stadtschulrates fällt - dies wurde auch bereits von SR Urs Hunziker erwähnt - weswegen der Vorstoss gar nicht zu traktandieren gewesen wäre. Das Ratsbüro hätte entsprechend beschliessen können, gemäss bewährter Praxis wurde dies jedoch nicht gemacht. Wir erinnern uns an den Vorstoss von Urs Tanner, der seinerzeit Gegenstand von formellen Diskussionen war; schlussendlich hat es jedoch nichts gebracht.

Wir werden darauf eintreten, obwohl wir sehr viele andere Geschäfte hätten und tummeln uns immer wieder in Zuständigkeitsbereichen, die nicht die unseren sind. In materieller Hinsicht möchte ich auf die bereits gemachten Zitate aus dem Lehrplan des Kantons Schaffhausen hinweisen, wo verbindlich steht, was getan werden muss und wo ebenfalls verbindlich die so genannten Treffpunkte, sprich Zielsetzungen formuliert sind. Die anwesenden Lehrpersonen wissen es, der Lehrplan gilt für alle Primar- und Orientierungsschulen und die Umsetzung dieser Ziele im Rahmen des Unterrichts liegt unter anderem in der Verantwortung der Schulbehörden der Gemeinden, sprich des Stadtschulrates. Damit ist inhaltlich auch gesagt, was Fact ist.

Die logische Schlussfolgerung, die es zu ziehen gilt und die der Stadtrat scheinbar auch zieht, ebenso wie unsere Fraktion, ist die, dass das Postulat - obschon sicherlich von der Absicht her gut gemeint - von unserer Seite nicht unterstützt wird, weil es keinerlei Handlungsbedarf gibt, zumal alles bereits in Umsetzung ist und von SR Urs Hunziker auch der zusätzliche Massnahmenkatalog (Erziehungsdepartement sowie kommunale Schulbehörden und Turninspektorat) präsentiert wurde. Er hat auch eingehend erläutert, dass in der Stadt Schaffhausen alles daran gesetzt wird, dass das Schwimmen als eine wichtige Kompetenz erreicht wird und die Lehrpersonen, die des Schwimmens zu wenig kundig sind, einen entsprechenden Support erhalten. Somit ist der Schwimmunterricht auch „lege artis“ erteilbar.

Am Rande sei noch erwähnt, dass man bei solchen Diskussionen in der Formulierung derart absoluter Zielsetzungen vorsichtig sein müsste. Ebenso wie in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften - Rainer Schmidig als Kantonsschullehrer nickt zustimmend - kann auch in den Sprachfächern die Zielerreichung nicht bei jedem Kind garantiert werden. Es können allenfalls Bemühungen unterstützt werden, wir Anwesende sind von dieser Unterstellung ausgeschlossen.

Abschliessend kann ich Sie - den Fokus über die Kantonsgrenze öffnend - beruhigen, dass sich auch andere Gremien mit dieser Thematik auseinandersetzen. Die Schweizerische Konferenz der nationalen Erziehungsdirektoren hat sich in den letzten zwei Jahren verschiedentlich und sehr intensiv damit beschäftigt und ihre Erklärung vom 28.10.05 über die Bewegungserziehung und -förderung in der Schule an ihrer Plenarversammlung vom 12.06.08 mit einem fünften Kapitel "Erlernen des Schwimmens als Bestandteil der Bewegungserziehung für alle" ergänzt.

Am 13.01.09 hat auf nationaler Ebene eine Sitzung im Sinne einer Netzwerkveranstaltung stattgefunden, an welcher alle Akteure dieses Themenfeldes an einem Tisch sassen: VertreterInnen der bfu – Beratungsstelle für Unfallverhütung, der Kantonalen Konferenz der Schulsportverantwortlichen, des Bademeisterverbandes, des Verbandes für Sport in der Schule sowie der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren. Alle sind bereits unterwegs und sozusagen auf Kurs - wie ich als Inhaber des Schifferpatents und interessiert daran, dass diejenigen, die mich begleiten, schwimmen können, feststellen kann.

Sie sehen, national, interkantonal, kantonal und kommunal sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit tätig. Das Anliegen des Postulanten ist in besten Händen, wir sind der Meinung, gut gemeint, aber längst erfüllt.

Wir werden nicht auf das Postulat eingehen, beziehungsweise dieses Postulat nicht überweisen. "

Gertrud Distel (CVP)

Votum

"Als begeisterte Schwimmerin und Inhaberin eines Lebensretterbrevets unterstütze ich das Postulat von Peter Möller. Es freut mich, wenn ich Schulklassen im Schwimmbad sehe und sich die Lehrpersonen Mühe geben, den Kindern das Schwimmen zu lernen. Aber wenn die Lehrkräfte dies alleine machen müssen, ist es fast unmöglich, da der Lernstand der Kinder zu unterschiedlich ist. Die einen können bereits gut schwimmen, die anderen ein bisschen, der Rest überhaupt nicht; es gibt auch noch Kinder, die Angst vor dem Wasser haben.

Wenn Lehrkräfte ins Hallenbad gehen, sind sie darauf angewiesen, dass sie von Freiwilligen - meist Eltern - begleitet zu werden. Diese zu finden, wird immer schwieriger. Es wäre wünschenswert, wenn sich der Stadtrat Gedanken über einen professionellen Schwimmunterricht machen würde; im Sommer sollte auch ein Unterricht im Rhein vorgesehen werden, weil Schwimmen im fliessenden Wasser anders als im Bassin ist. Soweit mein Votum, das ich vor vierzehn Tagen zur Unterstützung des Postulats gehalten hätte.

In der Zwischenzeit habe ich mich schlau gemacht, dass nicht wir, der Grosse Stadtrat, sondern der Erziehungsrat und der Stadtschulrat zuständig sind. Das Einzige, das wir tun können, ist in der Budgetdebatte 2010 den Betrag für mehr professionelle Unterrichtsstunden zu unterstützen.

Ich bin der Meinung, dass jedes Kind das Schwimmen lernen sollte, nach meiner persönlichen Meinung sogar am besten bereits vor Schuleintritt. Es hat mich irritiert, dass Peter Möller als alter Politfuchs nicht weiss, dass der GrSR in dieser Sache keine Kompetenzen hat. Die Gedanken sind gut - das ist ausser Frage - aber ich werde das Postulat nicht überweisen. "

Alfred Tappolet (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

"Uns ist es nicht wichtig, wer zuständig ist, sei es der Erziehungsrat, die Erziehungsdirektorenkonferenz oder die Erlebniswelt Wasser. Wir sind der Meinung, dass jedes Kind in Schaffhausen - wir haben es gehört, mit unserem schönen Rhein - schwimmen lernen *muss*. Das ist eine Pflicht in dieser schönen Stadt, wir sind für die Überweisung des Postulats, weil es uns ein wichtiges Anliegen ist, Zuständigkeit hin oder her. "

SR Urs Hunziker**Stellungnahme**

"Ich danke für die Voten und muss Ihnen schon auch sagen, dass ich mit dem Thema der Zuständigkeit wirklich Probleme habe. Es macht mich langsam "butzig", weil es ganz klare Kompetenzregelungen gibt, über die man sich nicht einfach hinweg setzen kann. Das Einzige, das ich machen kann, ist die in den letzten zweieinhalb Jahren gemachten Erfahrungen hochzurechnen und im Budget 2010 den entsprechenden Betrag aufnehmen - und dann hoffe ich auf Ihre Unterstützung und warte, bis ein Fussballfan kommt und verlangt, dass wir vom Schulrat her obligatorischen Fussballunterricht unterstützen et cetera, die Beispielliste könnte beliebig fortgesetzt werden. "

Peter Möller (SP)**Schlusswort**

"Danke für die Diskussion und auch danke für die Belehrungen über die Zuständigkeiten. Was mich enttäuscht hat, war der Schluss des 2. Votums von SR Urs Hunziker, der mit dieser Ausführung das Ziel des Postulats ins Lächerliche zieht. Ich bin ihm dankbar, dass er nicht noch Boules oder Boccia als Spezialunterricht erwähnt hat.

Bei allen Belehrungen und Zuständigkeitsfragen, die mir absolut nicht fremd sind, ändert sich nichts daran, dass verschiedene Massnahmen Geld verlangen - ich kenne leider die Eigenkompetenz vom Stadtschulrat nicht, es scheint mir aber eher, dass in diesem Zusammenhang der Stadtrat gefordert ist. Die von SR Urs Hunziker vorgeschlagenen Massnahmen könnte auch das Schulamt anbieten; ich sehe ein, dass im Augenblick sehr viel läuft, Papiere erarbeitet werden und Konferenzen abgehalten werden; nur - das Papier, welches festhält, dass Kinder das Schwimmen lernen sollten und die Umsetzung davon haben nicht stattgefunden. Ich muss ehrlich sagen, dass ich nicht weiter warten möchte.

Daher bitte ich Sie, das Postulat zu unterstützen; der SR kann einerseits sein Gewicht gegenüber dem Kanton sowie dem Stadtschulrat geltend machen, um diese Ziele zu unterstützen und sich andererseits, wenn er die Unterstützung von uns erhalten hat, bei der Budgetierung entsprechend verhalten. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**Votum**

"Ich möchte Sie nicht länger vom Apéro abhalten, aber ich habe noch ein paar Bemerkungen zu zwei Voten anzufügen:

An Dr. Raphaël Rohner:

Nicht gut oder gar nicht französisch sprechen, ist nicht fatal; aber nicht schwimmen können, kann fatal enden. Das ist der grosse Unterschied.

An den Stadtrat:

Wenn man nicht schwimmen kann, kann dies fatal enden, nämlich tödlich. Aber wenn man nicht "tschutzen" kann, ist dies noch lange nicht tödlich. Ich habe eine Tochter, die in der Primarschule drei Jahre nicht ins Schwimmen ging; jetzt hat das Postulat von Peter Möller einen gewissen Druck aufgesetzt und plötzlich gehen sie jeden Dienstag mit Unterstützung einer professionellen Schwimmlehrerin ins Schwimmen. Was Herr Möller gesagt hat, stimmt, in vielen Schulen gehen die Kinder nicht schwimmen.

Ich bin der Meinung, dass der Stadtrat - nicht nur der Stadtschulrat - eine gewisse Möglichkeit hat, er kann auf diese Möglichkeiten hinweisen, Infrastrukturen bereit stellen und den Lehrpersonen gegenüber einen gewissen Druck ausüben. Darum finde ich es wichtig, das Postulat zu überweisen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Ich begreife die Aufregung von Dr. Cornelia Stamm Hurter nicht ganz; es hat niemand gesagt, man solle nicht schwimmen oder es nicht lernen können. Wir haben nur gesagt, dass sämtliche Vorgaben auf allen Stufen gegeben sind und zudem festgestellt, dass es Stadtschulrat und Schulreferent gemeinsam mit den weiteren Instanzen umsetzen sollen.

Französisch oder Englisch sind ebenfalls im Lehrplan verankert und dazu machen wir auch kein Postulat zur Sicherstellung, dass es auch wirklich stattfindet. Es existieren entsprechende Regelungen und Zuständigkeiten. In der Sache sind wir uns einig; das Anliegen von Peter Möller ist lobenswert, sehen aber zurzeit keinen Handlungsbedarf. Wir erwarten und haben das Vertrauen, dass der Stadtschulrat und der Schulreferent die Umsetzung durchführen. "

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

"Wir haben die Infrastruktur dank Ihrer Hilfe in der KSS ausbauen können, mit der Schwimmhalle sind wir bestens ausgerüstet, und sie ist ein Segen für den Schwimmunterricht. Wenn Eltern den Eindruck haben, dass ihre Kinder zuwenig häufig Schwimmunterricht erhalten, kann ich ihnen nur anraten, sich beim zuständigen Stadtschulratsmitglied zu melden. Peter Möller kann sicher sein, dass wir den Schwimmunterricht sehr ernst nehmen, sonst hätten wir keine so grossen Anstrengungen gemacht, um dafür zu sorgen, dass *alle* Kinder am Schwimmunterricht teilnehmen können. Dies ist uns ein grosses Anliegen. "

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit **20 : 11 Stimmen** erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNG DER RATSPRÄSIDENTIN

Während der Sitzung ist ein Postulat der AL/JSVP Christoph Lenz (AL), Daniel Preisig /(JSVP) und Simon Stocker (AL) mit dem Titel "Kleinplakatierung in der Stadt Schaffhausen: Sauberes Aufhängen statt Runterreissen! vom 19.05.09 eingereicht worden. Es wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung figurieren.

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 20:27 Uhr.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 2. Juni 2009, um 18 Uhr statt.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 02.06.09